

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/2363 —

**Treffen des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl mit dem österreichischen
Bundespräsidenten Dr. Kurt Waldheim**

Am 27. März 1992 besuchte der noch amtierende österreichische Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim München. In diesem Zusammenhang kam es auch zu einem Treffen mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Das Treffen mit dem aus der NS-Zeit belasteten Dr. Kurt Waldheim führte zu scharfer Kritik von jüdischen in- und ausländischen Organisationen und Einzelpersonen sowie bundesdeutscher Presseorgane. Der Geschäftsführer des Jüdischen Weltkongresses, Elan Steinberg, warf Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl „moralische Dickfelligkeit gegenüber jüdischen Empfindlichkeiten“ vor (Süddeutsche Zeitung, 28. März 1992). Der jüdische Europa-Kongreß äußerte in einem Kommuniqué in Paris, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl habe durch sein Treffen mit Dr. Kurt Waldheim „absichtlich die von den demokratischen Nationen praktizierte Quarantäne gegen denjenigen beenden wollen, der sehr stark verdächtigt ist, während des Zweiten Weltkrieges als Leutnant der Hitler-Armee an Kriegsverbrechen beteiligt zu sein“. Der Präsident des Europa-Kongresses, Jean Kahn, weiter: Die Juden hätten „nichts vergessen, weder die Provokation von Bitburg, wo (beim Besuch des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan) die Gräber von Angehörigen der Waffen-SS gewürdigt wurden, noch die Verweigerung des Kanzlers, in den Einigungsvertrag einen Bezug zur Verantwortung Deutschlands gegenüber den Nazi-Opfern aufzunehmen“ (Frankfurter Rundschau, 30. März 1992). Jean Kahn wies auch darauf hin, daß Kohls Verhalten offenbar nicht unbeeinflußt von Wahlkampfinteressen sei und daß das Waldheim-Treffen darauf abziele, „Stimmen der Rechten auf sich zu ziehen“ (Süddeutsche Zeitung, 30. März 1992). Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski, warf dem Bundeskanzler „mangelndes politisches Verantwortungs- und Fingerspitzengefühl“ vor (Frankfurter Rundschau, 30. März 1992) und er beschuldigte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, mit seinem Verhalten „anti-jüdische Ressentiments geschürt zu haben“ (Berliner Zeitung, 30. März 1992). Die bayerischen jüdischen Gemeinden reagierten mit „Enttäuschung und Empörung“ auf das Treffen des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl und Dr. Kurt Waldheim (tageszeitung, 28. März 1992).

Der Sprecher des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Schamir, Ehud Gol, sagte in Jerusalem: „Wir bedauern Kanzler Kohls Vorgehen

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 22. April 1992 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

auf das Tiefste." Man bedauere die Begegnung auch „prinzipiell angesichts der bösen Winde, die jetzt durch Europa ziehen" (Süddeutsche Zeitung, 30. März 1992).

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl begegnete dieser Kritik auffallend schroff. Der Bundeskanzler gegenüber den Medien: „Mit wem ich mich hier in München gemeinsam mit meinem Freund Max Streibl treffe, das bestimme ich als Bundeskanzler. Da brauche ich keinen Ratschlag" (Süddeutsche Zeitung, 28. März 1992).

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die oben angeführten Reaktionen auf das Treffen des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl mit Dr. Kurt Waldheim?

Die Bundesregierung hat auch die genannten Reaktionen zur Kenntnis genommen. Der Bundeskanzler hat wiederholt festgestellt, daß es sich um eine private Begegnung mit dem Staatsoberhaupt eines mit der Bundesrepublik Deutschland eng befreundeten demokratischen Landes handelte, die auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten zustande kam.

2. Welche Staatsoberhäupter welcher Länder haben nach Kenntnis der Bundesregierung mit welcher Begründung seit Bekanntwerden der NS-Vergangenheit Dr. Kurt Waldheims offizielle Treffen mit ihm abgelehnt?

Die Bundesregierung nimmt zu Terminvereinbarungen von Staatsoberhäuptern anderer Staaten nicht Stellung.

3. Welche Staatsoberhäupter welcher Länder haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit Bekanntwerden der NS-Vergangenheit Dr. Kurt Waldheims diesen offiziell empfangen?

Die Bundesregierung nimmt zu Terminvereinbarungen von Staatsoberhäuptern anderer Staaten nicht Stellung.

4. Kann die Bundesregierung Verständnis dafür aufbringen, daß sich jüdische Organisationen darüber empören, wenn sich der Bundeskanzler mit Personen trifft, die sich während der NS-Zeit belastet haben?

Die Bundesregierung weist die in der Frage enthaltene Unterstellung zurück.

5. Kann die Bundesregierung Verständnis dafür aufbringen, daß sich jüdische Organisationen darüber empört haben, daß der Bundeskanzler in Bitburg die Toten der Waffen-SS geehrt hat?

Die Bundesregierung weist die in der Fragestellung enthaltene Unterstellung bzw. Wertung des gemeinsamen Besuchs eines Soldatenfriedhofs durch den deutschen Bundeskanzler und den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zurück. Dieser Besuch – ebenso wie der Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen am selben Tag – diene der mahnenden Erinnerung an alle Opfer des Zweiten Weltkrieges und der national-

sozialistischen Gewaltherrschaft. Gleichzeitig bedeutete er eine Bekräftigung und eine weithin sichtbare Geste der Aussöhnung zwischen dem Volk der Vereinigten Staaten von Amerika und uns Deutschen.

6. Kann die Bundesregierung Verständnis dafür aufbringen, daß sich jüdische Organisationen darüber empört haben, daß die Bundesregierung in den Einigungsvertrag keinen Bezug zur Verantwortung Deutschlands für die NS-Opfer übernehmen wollte?

Der Einigungsvertrag enthält eine klare Aussage „zu der sich aus unserer Vergangenheit ergebenden besonderen Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland, die der Achtung der Menschenrechte und dem Frieden verpflichtet bleibt“. Dieses klare Bekenntnis war für die Bundesregierung nicht zuletzt deshalb von besonderer Bedeutung, weil die kommunistische Führung der ehemaligen DDR sich jahrzehntelang geweigert hatte, diese gemeinsame Verantwortung aller Deutschen mitzutragen.

„Schließlich war die DDR einer der heftigsten Gegner Israels und der Juden“, schreiben Dr. Simon Wiesenthal, Lord George Weidenfeld und Prof. Dr. Michael Wolffsohn in einem Beitrag für „The Jerusalem Post“ vom 16. April 1992. „Im Gegensatz zur Bundesrepublik hatte die DDR nie den Versuch unternommen, sich mit der deutschen Vergangenheit moralisch und finanziell auseinanderzusetzen. Die DDR weigerte sich, Bundesdeutschen und anderen Personen, die Nazi-Verbrecher aufspüren wollten, ihre Archive zu öffnen. Statt dessen erpreßte Ostberlin ehemalige Nazis und benutzte sie gegen den Westen. Außerdem bildete die DDR noch bis ganz zum Schluß arabische und andere Terroristen aus. Diese Terroristen griffen sowohl Ziele in Israel als auch jüdische Ziele in Europa an.“

7. Kann die Bundesregierung Verständnis dafür aufbringen, daß sich Juden und Jüdinnen vor einem erstarkten wiedervereinigten Deutschland gefürchtet haben und fürchten?

Es ist verständlich, daß manche von denjenigen, die unter den Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur am meisten gelitten haben, der deutschen Wiedervereinigung auch mit Zurückhaltung oder gar Sorge begegneten. Daher hat die Bundesregierung gerade auf dem Weg zur deutschen Einheit einen intensiven Dialog mit der jüdischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland, mit dem Staat Israel und mit namhaften jüdischen Organisationen im Ausland geführt.

Sie hat dabei ganz überwiegend Zustimmung erfahren. So erinnerte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, am 30. März 1992 daran, daß die Juden in Deutschland sich „von Anfang an für die Vereinigung ausgesprochen“ haben. Zum Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 hatte er erklärt: „Wir... freuen uns immer, wenn trennende Mauern eingerissen werden. Dem ist auch heute, an diesem

3. Oktober nicht anders. Ein Staat hört auf zu existieren, dem wir keine Träne nachzuweinen brauchen ...“

8. Kann die Bundesregierung Verständnis dafür aufbringen, daß sich diese Menschen besonders nach den pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda und der Welle von Anschlägen und Überfällen gegen Ausländerinnen und Ausländer in anderen Städten vor dem vereinigten Deutschland fürchten?

Die Bundesregierung hält die durch die Frage nahegelegte Relativierung der Judenverfolgung durch die nationalsozialistische Diktatur für ungeheuerlich. Anschläge auf Unterkünfte von Asylsuchenden – wie jede Form von Gewalt – hat die Bundesregierung auf das Schärfste verurteilt, wo, wann und von wem auch immer sie verübt wurden.

9. Wieso hat sich Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gerade jetzt mit Dr. Kurt Waldheim getroffen, obwohl dieser nur noch eine Amtszeit von vier Wochen hat und nationale und internationale Proteste wegen dieser Begegnung voraussehbar waren?

Vergleiche Antwort zu Frage 1.

10. Was war Anlaß und Gegenstand des Treffens von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Dr. Kurt Waldheim?

Vergleiche Antwort zu Frage 1.

11. War der Gegenstand dieses Treffens mit Dr. Kurt Waldheim so wichtig und unaufschiebbar, daß er nur in der Amtszeit von Dr. Kurt Waldheim und nur mit diesem zu erörtern war?

Vergleiche Antwort zu Frage 1.

12. Kann die Bundesregierung Verständnis dafür aufbringen, daß jüdische Organisationen und bundesdeutsche Medien offen den Verdacht äußern, daß der Bundeskanzler sich demonstrativ mit Dr. Kurt Waldheim getroffen habe, um vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen den Rechtsextremisten Stimmen abzujagen, und wenn nein, wie will sie diese Vermutung entkräften?
 - a) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der Bundeskanzler ganz allein entscheidet, mit wem und zu welchen politischen Zwecken er sich in seiner Funktion als Bundeskanzler trifft?
 - b) Hat es vor oder nach dem Treffen mit Dr. Kurt Waldheim Kritik innerhalb der Bundesregierung an dem Verhalten des Bundeskanzlers gegeben, und wenn ja, von wem wurde sie vorgetragen, und wie sah diese Kritik aus?

Die Bundesregierung weist die in der Fragestellung enthaltene Verdächtigung entschieden zurück. Im übrigen zu a) und b) verweist sie auf die Antwort zu Frage 1.

13. Wie will die Bundesregierung die von jüdischen Organisationen vorgetragenen Argumente widerlegen, daß die schroffen Reaktionen gegen den Jüdischen Welt-Kongreß antijüdische Ressentiments schüren?

Die Bundesregierung erinnert daran, daß neben anderen international hoch angesehenen jüdischen Persönlichkeiten auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, an der Haltung des Jüdischen Weltkongresses zur deutschen Einheit Kritik geübt hat.

Diese Kritik richtet sich insbesondere gegen Erklärungen des Bevollmächtigten des Präsidenten und des Generalsekretärs des Jüdischen Weltkongresses, Dr. Maram Stern, die dieser am 30. November 1989 gegenüber dem Außenminister der damaligen DDR, Oskar Fischer, in Anwesenheit des Leiters der MfAA-Abteilung USA/Japan, Dr. Herbert Barth, abgegeben hatte. In dem amtlichen Vermerk über dieses Gespräch, an dessen Authentizität kein Zweifel besteht, wird unter anderem folgendes festgehalten:

„Dr. Stern übermittelte beste Grüße von Präsident Bronfman sowie Generalsekretär Singer und erklärte ihre Befriedigung über die Wiederberufung Oskar Fischers zum Außenminister. Der JWC sei ein Freund der DDR und werde es bleiben. Für ihn stehe die Frage der Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung. Der JWC werde alles tun, damit es nicht dazu komme. Die Lehren der Geschichte seien noch aktuell. Allerdings wäre es schwer, diese Position gegenwärtig öffentlich zu vertreten. Präsident Bronfman werde jedoch in den USA und anderswo in diesem Sinne wirken, so bei seinem nächsten Besuch Anfang 1990 in Japan. Auch im USA-Außenministerium würde man trotz anderslautender Äußerungen eine Wiedervereinigung nicht gern sehen. Jedenfalls werde der JWC alles ihm Mögliche tun, um die DDR politisch und wirtschaftlich zu stärken.

Dr. Stern drückte die Sorge des JWC vor einem Ausverkauf der DDR an die BRD aus. Joint-ventures müßten mit Vorsicht behandelt werden... In diesem Zusammenhang erwähnte Dr. Stern, er habe gehört, daß die DDR den Auftrag, ihr Telefonnetz zu modernisieren, der Firma Siemens übertragen habe. Er stellte die Frage, warum man nicht einen Konzern eines anderen Staates auswählt habe, z. B. ITT.“

14. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über antisemitische Stimmungen und offenen Antisemitismus in der bundesdeutschen Gesellschaft und Bevölkerung?

Die Fälle, in denen sich antisemitische Stimmungen in politischen und kriminellen Aktionen manifestieren, sind im jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht des Bundesministers des Innern verzeichnet.

15. Welche Korrespondenz hat es zwischen der Bundesregierung und dem Jüdischen Weltkongreß gegeben, und was ist darunter zu verstehen, wenn der Bundeskanzler erklärt, daß ihm die Stellungnahme des Jüdischen Weltkongresses zur deutschen Wiedervereinigung „nicht ausreichen“ würde?

Es ist nicht üblich, Briefe Dritter ohne deren Zustimmung zu veröffentlichen. Es steht dem Jüdischen Weltkongreß frei, die Korrespondenz, insbesondere die in der Frage genannte Stellungnahme, zu veröffentlichen. Im übrigen verweist die Bundesregierung auf die Antwort zu Frage 13.

16. Welches Demokratieverständnis hat der Bundeskanzler, wenn er die skeptische Haltung des Jüdischen Weltkongresses zur Wiedervereinigung derart diskreditiert?

Wie verträgt sich das mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung, und wie kommt der deutsche Bundeskanzler dazu, von einer Organisation oder Einzelpersonen eine ihm genehme politische Auffassung zu erwarten bzw. zu verlangen?

Das Demokratieverständnis des Bundeskanzlers unterscheidet sich in der Tat entscheidend von dem der Fragesteller, die bisher offensichtlich immer noch nicht begriffen haben, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung auch die Freiheit zum offenen Widerspruch beinhaltet.

17. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Reaktionen der bundesdeutschen und österreichischen rechtsextremen Presse bzw. rechtsextremer Personen über das Treffen des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl mit Dr. Kurt Waldheim, und hier besonders der geharnischten Maßregelung der jüdischen Organisationen durch den Bundeskanzler?

Die Bundesregierung hat auch derartige Reaktionen zur Kenntnis genommen.

18. Treffen ausländische Pressemeldungen zu, nach denen der Bundeskanzler einem seiner politischen Berater 1990 als Weihnachtsgeschenk die Churchill-Biographie des einschlägig bekannten Neonazifaschisten und Leugners der NS-Verbrechen, David Irving, geschenkt haben soll?

Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß, irgendwelche Pressemeldungen, die sich auf private Angelegenheiten von Mitgliedern der Bundesregierung beziehen, auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen.

19. Trifft es zu, daß das Bundesministerium der Justiz mit Schreiben vom 13. März 1990 an einen Herrn Dr. Claus J. mitteilt, daß es sich beim „Leuchter-Report“, mit dem die Ermordung der Juden und Jüdinnen in den KZ von Nazi-Deutschland geleugnet wird, um „eine wissenschaftliche Untersuchung“ handelt (s. „Drahtzieher im braunen Netz“, Edition ID-Archiv, Berlin 1992, Seite 27)?

Das Bundesministerium der Justiz hat sich auf Arbeitsebene Anfang 1990 in einem Antwortschreiben an einen Dr. Klaus J. mit dem sogenannten „Leuchter-Report“ befaßt. In diesem Schreiben wird festgestellt, daß der sogenannte „Leuchter-Report“ nicht geeignet ist, die erwiesene „geschichtliche Tatsache“ in Frage zu stellen, daß im Verlauf des Zweiten Weltkrieges insbesondere Millionen europäischer Juden auch in Gaskammern ermordet wurden. An späterer Stelle wird zwar der sogenannte „Leuchter-Report“ als „wissenschaftliche Untersuchung“ bezeichnet; zugleich wird jedoch klargestellt, daß die strafrechtliche Beurteilung seiner Ergebnisse bzw. der aus ihm gezogenen Schlußfolgerungen unter dem Gesichtspunkt der Beleidigung bzw. Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener den zuständigen Strafverfolgungsbehörden obliegt. In Beantwortung einer weiteren Anfrage des Einsenders ist dann mit Schreiben vom 13. März 1990 der sogenannte „Leuchter-Report“ nochmals als „wissenschaftliche Untersuchung“ bezeichnet worden.

- a) Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dies?

Die Bundesregierung bedauert, daß die in der Antwort zu Frage 19 zitierten Schreiben Anlaß zu Mißverständnissen gegeben haben.

- b) Wurde diese Position mittlerweile korrigiert, und wenn ja, welche personellen Konsequenzen hat es deswegen gegeben?

Die Bundesregierung hält die Bezeichnung des sogenannten „Leuchter-Reports“ als „wissenschaftliche Untersuchung“ für falsch. Sie hat – und dies ist entscheidend – stets alle Versuche zurückgewiesen, die erwiesene geschichtliche Tatsache in Frage zu stellen, daß im Verlauf des Zweiten Weltkrieges insbesondere Millionen europäischer Juden auch in Gaskammern ermordet wurden. Letzteres wird in dem bereits erwähnten Antwortschreiben unzweideutig festgestellt; deshalb bestand für personelle Konsequenzen kein Anlaß.

- c) Hat es innerhalb des Bundesministeriums der Justiz oder der Bundesregierung Auseinandersetzungen wegen dieses Schreibens vom 13. März 1990 gegeben, und wenn ja, wie sahen sie im einzelnen aus?

Über den Inhalt der in der Antwort zu Frage 19 zitierten Schreiben hat es innerhalb der Bundesregierung keine Auseinandersetzung gegeben: Die Leitung des Bundesministeriums der Justiz war von der Antwort nicht unterrichtet. Nach Bekanntwerden des Sachverhalts hat sich die Bundesregierung bei jeder Gelegenheit bemüht, die dadurch entstandenen Mißverständnisse auszuräumen.

20. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Staatsanwaltschaft in Mannheim Anklage gegen den Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden der NPD, Deckert, erhoben hat wegen des Verdachts der Volksverhetzung, Verunglimpfung Verstorbener, Beleidigung und übler Nachrede?

Die Bundesregierung ist hiervon unterrichtet. Die Anklage wurde am 17. März 1992 erhoben.

21. Weiß die Bundesregierung, daß der Hintergrund dieser Anklage eine Veranstaltung in Weinheim war, auf der Deckert Teile des sog. Leuchter-Reports vorgetragen hat?

Der Bundesregierung ist dies aufgrund einer Mitteilung des Justizministeriums Baden-Württemberg bekannt. Deckert soll auf der Veranstaltung, die am 10. November 1991 in Weinheim/Bergstraße stattfand und auf der Leuchter über seine „Forschungsarbeit in Polen“ sowie über den „Gaskammermythos“ in englischer Sprache referiert hat, die Ausführungen von Leuchter übersetzt und kommentiert haben.